

(nur zum privaten Gebrauch. Zitieren bitte nach der in Kürze erscheinenden EPD-Dokumentation zur Tagung)

Die Systemfrage auf Postkartengröße Die Ökumenische Versammlung in der DDR 1988/89: Eine historische Einordnung

Dr. habil. Katharina Kunter, Frankfurt

Viele von Ihnen waren vermutlich vor 30 Jahren selber in Dresden oder Magdeburg dabei – damals waren es 146 Delegierte und 27 Berater –, und haben seitdem wahrscheinlich so einige Publikationen, Studien und Forschungen wie eine leichte oder etwas stärkere Welle über sich und dem Thema "überschlagen" lassen. Deshalb steige ich auch nicht – wie sonst in einem akademischen Vortrag üblich – mit einem Forschungsüberblick ein, sondern führe Sie direkt zurück in die Quellen: in ein Protokoll aus dem Archiv des Dresdner Superintendanten. Es berichtet von einem Forum in der Dresdner Versöhnungskirche am 13. Februar 1988, um 16.00 Uhr am Tisch auf dem Altarplatz, das unter der Fragestellung stand: "Was erwarten Sie von der Ökumenischen Versammlung?"¹ Ich zitiere aus den Antworten der acht teilnehmenden Personen:

"Person 1: sie sieht keinen Sinn im alles verbindenden Wort der Ökumenischen Versammlung. Sie ist gegen Basisbewegung, die überorganisiert ist (Papierverbrauch!). Noch mehr von unten zu denken beginnen und zu sprechen.

Person 2: Es ist nicht eindeutig, was wir erleben. Gemeinden stehen neben dem Konziliaren Prozess, neben der Versammlung.

Person 3: 150 Leute in der DDR befassen sich mit der Gerechtigkeit.

Person 4: erwartet nichts von der Ökumenischen Versammlung. Jeder muss sich aus Selbstverschuldetem herausfinden. Von oben erwartet er nichts.

Person 5: Reden und beraten ist wichtig. Es ist ein Schritt in die Öffentlichkeit, auch heute Abend am 13. Februar 1988. Einüben müssen wir: die Anliegen öffentlich zur Sprache bringen und damit einbringen.

Person 6: Stellt euch vor, der konziliare Prozess gelingt! Welche Konsequenzen hat es? Also konziliaren Prozess weiter führen! Hoffnung ist da: risikobereit sein."

So offen war also damals vor 30 Jahren, im Februar 1988, was aus den Ökumenischen Versammlungen in diesem und dem nächsten Jahr werden könnte, oder mit Hermann Hesse gesprochen: "Und jedem Anfang wohnt ein Zauber inne, der uns beschützt und der uns hilft, zu leben." Heute haben Sie, je nach Standpunkt, längst ein konkretes Bild von den Ökumenischen Versammlungen – für die einen ist es ein herausragendes ökumenisches Ereignis in der Spätphase der DDR oder ein kollektiver Erinnerungsort geworden, für die anderen ein Netzwerk, eine politische oder öffentliche Vorbereitung des Herbstes 1989 oder eine wichtige Prägung der eigenen Biographie. So oder so: Sie alle haben längst ein eigenes Urteil und eine eigene Einordnung gefunden, und die spannende Frage ist, wie sich diese Deutungen zueinander verhalten, wo es Schnittmengen, aber auch andere Sichtweisen gibt.

Auch ich habe nach intensivem Quellenstudium und vielen Zeitzeugengesprächen eine Einordnung der Ökumenischen Versammlungen vorgenommen, und zwar aus der Perspektive der Historikerin oder der Kirchenhistorikerin, und das heißt: aus einer gewissen professionellen Distanz.² Mich interessiert, wie die Akteure, also einige von Ihnen, damals Teil des Zeitgeschehens waren, wie die Ökumenische Versammlung in der Zeit verankert war und wie sie Stimmungen, Aktionen und Konflikte in der von der Geschichte gebrochenen Gegenwart transportierte. Unter dieser Perspektive erscheinen mir drei Themenfelder aus den Ökumenischen Versammlungen in der DDR historisch besonders relevant zu sein, nämlich:

1. 10.000 Zuschriften an die Ökumenische Versammlung als Mandat und alltagsgeschichtliches Zeugnis

2. Die Ökumenischen Versammlungen als eine Plattform des kirchlichen und politischen Protestes

3. Der ökumenische und der gesamtdeutsche Faktor im konziliaren Prozess in der DDR

1. 10.000 Zuschriften an die Ökumenische Versammlung als Mandat und alltagsgeschichtliches Zeugnis

Zur Vorbereitung der ersten Ökumenischen Versammlung hatten im Oktober 1987 Erika Drees, Heino Falcke und Christoph Ziemer für die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen Christen, Gemeinden und engagierte Gruppen aufgerufen, sich mit eigenen Gedanken und Vorschlägen einzubringen. Unter der Überschrift „Eine Hoffnung lernt gehen – Gerechtigkeit den Menschen, Friede den Völkern, Befreiung der Schöpfung“ sollten sie formulieren, was ihrer Meinung nach die Beiträge und Aufgaben der Christen zu diesen Themen in der Versammlung sein sollten. Das war genau der richtige Impuls zur richtigen Zeit³: Fast 10.000 Zuschriften gingen zum Jahreswechsel 1987/88 im Vorbereitungsbüro ein; Gemeindegruppen, Gruppen und zahlreiche einzelne "einfache" Menschen – als Berufe werden etwa Bäcker, Gärtner oder Kindergärtnerinnen genannt – hatten zum Stift gegriffen und klar und eindringlich ihre individuellen Defiziterfahrungen im Alltag der DDR geschildert. Für viele von ihnen bedeutete schon der Akt des Schreibens eine persönliche Ermutigung, darüber hinaus hofften sie aber, dass sich die Ökumenische Versammlung zur Anwältin all dieser Sorgen und Nöte machen würde.⁴ So formten die 10.000 Postkarten auf der einen Seite das kirchliche und politische Mandat der Ökumenischen Versammlung. Im Original liegen sie heute übrigens im Evangelischen Zentralarchiv hier in Berlin vor, oder aber komplett gedruckt mit Kommentaren in dem von Christian Sachse herausgegebenen Band "Mündig werden zum Gebrauch der Freiheit" von 2004.⁵ Neben ihrer Mandatsfunktion bilden die 10.000 Zuschriften aber auch eine besondere sozial- und alltagsgeschichtliche Quelle für die Anliegen und Erwartungen eines repräsentativen Querschnitts der "normalen" DDR-Bevölkerung. Gerade heute, wo die

Erinnerung an das reale Alltagsleben in der DDR immer schwächer und möglicherweise zu "weich gezeichnet" wird, lohnt es sich, diese Zuschriften noch einmal zu lesen – denn das Lesen und die Ehrlichkeit ihrer Schreiber macht demütig. Mit den Händen greifbar wird die lähmende Resignation in der DDR; es wird von Gemeindeabenden mit einer großen Mut- und Hoffnungslosigkeit, besonders bei den Themen Gerechtigkeit und Frieden, berichtet. Kirche solle dieser Resignation entgegenwirken und Kraft für den langen Weg bis zu den erhofften gesellschaftlichen Veränderungen spenden; Zitat: „Vielmehr erhoffen wir eine breite Aktivierung und Bewusstseinsweckung der Gemeinden an der Basis, um mit einer großen Hoffnung als Christen in die Zukunft zu gehen. Auch wenn rundherum alles nach Tod und Ende aussieht.“⁶

Vom Vorbereitungskreis wurden die Zuschriften verschiedenen Themenfeldern zugeordnet, aus denen sich dann bei der Ökumenischen Versammlung gleichrangige Arbeitsgruppen ergaben. Durch die Zuordnung wurden bestimmte Prioritäten gesetzt und an manchen Stellen auch eine gewisse inhaltliche und positionelle Lenkung vorgenommen.⁷ Als Historikerin war und bin ich da freier – ich konnte die Zuschriften als einen eigenen Quellenbestand, mit einem zeitlich zufälligen Posteingang, durchsehen und neu sortieren. Und da war offensichtlich: Die überwiegende Mehrheit meldete sich mit Stellungnahmen zur inneren Situation und den Problemen der DDR-Gesellschaft zu Wort. Diese ließen sich in drei große Bereiche einteilen:

1) die Formulierung grundlegender demokratischer Defizite in der DDR, die Forderung nach "Glasnost in der DDR"⁸ sowie dem Wunsch nach eigener Verantwortungsübernahme,

2) das Verlangen nach Grund- und Freiheitsrechten in der DDR (wie Reisefreiheit, "Pressefreiheit ohne jegliche Zensur" und "wirkliche" Rede- und Meinungsfreiheit, oder, wie das eine Postkarte formulierte: "das was man denkt und was einen bewegt offen sagen zu dürfen und auch zu sagen!", und: "ohne dabei Angst haben zu müssen und ohne existentielle Gefährdung“.

Als ein drittes Themenfeld lässt sich schließlich

3) die fehlende Rechtssicherheit, die Forderung nach einer unabhängigen Wahlentscheidung und der Gegensatz zwischen der Festschreibung in der Verfassung und der tatsächlichen Praxis ausmachen, hier gab es häufig Bezüge zu den aktuellen Entwicklungen in der Sowjetunion, Polen und Ungarn.

Ich kann die Vielfältigkeit der Zuschriften hier nur kurz andeuten. Sie merken aber schon an dieser überblicksartigen Zusammenstellung: Die 10.000 Zuschriften waren wie ein Ventil, durch das nun der politische Veränderungsdruck in der DDR-Gesellschaft strömte und sich einen weiteren Raum suchte. Und in gewisser Weise stellten sie die Systemfrage auf Postkartengröße.

Auch das war ein Grund dafür, dass die Diskussionen auf den Ökumenischen Versammlungen eine eigene inhaltliche Dynamik mit politischen Kontroversen entfalten konnten.

2. Die Ökumenischen Versammlungen als Plattform des kirchlichen und politischen Protestes

Die 10.000 Zuschriften an die Ökumenische Versammlung gaben, teilweise extrem offen und vertrauensvoll, Auskunft über persönliche Meinungen, über Einschränkungen und Defizite im jeweils individuell erlebten Alltag in der DDR. Komplexere gesellschaftspolitische Vorstellungen oder Konzepte, wie es anders sein könne oder welche politischen Parameter verändert werden könnten, kamen in ihnen allerdings kaum zum Ausdruck. "Als Kompetenz der Betroffenen", wie sie der Erfurter Probst Heino Falcke bezeichnete, bildeten sie jedoch den Ausgangspunkt für 13 Arbeitsgruppen, die alle unter dem theologischen Leitmotiv der Umkehr zu Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung ein Dach fanden. Im einzelnen gehörten dazu z.B. die Themen: Leben in Solidarität - weltweite Strukturen der Ungerechtigkeit, und Leben in Solidarität mit Ausländern, Mehr Gerechtigkeit in der DDR, Leben in einer bedrohten Schöpfung, Ökologie und Ökonomie, das Thema Friedenssicherung und Friedenserziehung, Wertewandel oder Fragen zum Wehrdienst. Jede einzelne Arbeitsgruppe sollte nun innerhalb eines eineinhalbjährlichen

Konsultationsprozesses ein gemeinsames, von allen Beteiligten getragenes Dokument erarbeiten. Dieses sollte schließlich am Ende vom Gesamtplenium der letzten Ökumenischen Versammlung angenommen werden. So bildeten die drei Ökumenischen Versammlungen 1988/9 nicht nur einen inneren Diskurszusammenhang, sondern schufen auch mit ihrer Arbeitsform, die sich immer wieder an Diskussionen, Feedback und Überarbeitungen orientierte, eine neue Form kirchlich-politischer Halb-oder auch Ersatzöffentlichkeit in der DDR. Aktive Christen, engagierte Gemeindekreise und Initiativen waren nun nicht nur präsenter und besser vernetzt als in den Jahren zuvor, sondern konnten ihre Anliegen jetzt mit diskussionserprobten, mehrheitsfähigen Formulierungen und Statements vertreten. Das war eine wichtige Voraussetzung dafür, dass Kirchen und Christen in der DDR im Herbst 1989 öffentlich sichtbar werden konnten.

"Wegen der innergesellschaftlichen Brisanz" war der Staat war nervös; das Ministerium für Staatssicherheit bedachte die verschiedenen Veranstaltungen und Zusammenkünfte mit zahlreichen operativen Maßnahmen und versuchte, wo es ging, Einfluss auf Personen, Diskussionen und Textgestaltungen zu nehmen. Die lange Studie, die Christoph Ziemer 1995 für die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages erstellt hat, und die den Titel trägt: „Der konziliare Prozess in den Farben der DDR. Die politische Einordnung und Bedeutung der Ökumenischen Versammlung der Christen und Kirchen in der DDR für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ belegt das intensive Zusammenspiel von Staat, Partei und Stasi bei den Ökumenischen Versammlungen.⁹ Wobei deutlich wird: Als besonders gefährlich galten die Debatten in der Arbeitsgruppe 3, die einen mehrheitsfähigen Text zu „Mehr Gerechtigkeit in der DDR“ erarbeiten sollte. Schon nach seinem ersten Entwurf zeigte sich seine gesellschaftspolitische Sprengkraft – er erhielt nämlich unter allen Textentwürfen die Höchstzahl von 221 Zuschriften aus den Gemeinden. Entsprechend intensiv waren die staatlichen Versuche, Ausrichtung und Werdegang dieses Textes zu beeinflussen oder ihn zu verhindern. Es muss ein bewegender Moment für alle Teilnehmer der Ökumenischen Versammlung gewesen sein, als der sächsische Landesbischof Johannes Hempel am 30. April 1989, als es um die Annahme des Textes

"Mehr Gerechtigkeit in der DDR" ging, ganz offen im Plenum von der Intervention durch den Staatssekretär für Kirchenfragen, Kurt Löffler, berichtete, und ich zitiere daraus einige Abschnitte:

„(...) Herr Staatssekretär hat hingewiesen auf das Umfeld dieser Ökumenischen Versammlung und des Papiers 'Mehr Gerechtigkeit in der DDR', auf Papiere großer Stückzahl staatsfeindlichen Inhalts, die in Begegnungszentren verteilt worden seien. (...) Und er hat unterstrichen, dass kein Dialog auf diese Weise zustande kommen kann, sondern eine Verhärtung. Der 6. März 1978 sei nicht beendet, aber substantiell in Frage gestellt. (...) Und dann habe ich als zweiten Punkt gesagt, dass dieses Papier in der Substanz nach meiner Kenntnis das aussagt, was ein sehr großer Teil der Bevölkerung empfindet und denkt.“¹⁰

Trotz Hempels mutiger Worte besaß die staatliche Drohung Macht und setzte Angstpotential frei – im Gegensatz zu allen anderen Texten, die eine Zustimmung von über 90% erhielten, bekam der Text "Mehr Gerechtigkeit in der DDR" nur 72,4%. Unter denen, die ihn ablehnten, befanden sich einige prominente Namen aus der Kirchenleitungsebene. Gleichwohl – der Text wurde mit einer 2/3 Mehrheit angenommen, und zusammen mit einem Wort an die Gemeinden und einem Brief an die Kinder zur Veröffentlichung freigegeben.¹¹ Der exemplarische Stellenwert der Diskussionen um eine gerechte Zukunft in der DDR in der Arbeitsgruppe 3 zeigte sich dann bald im Herbst 1989, als zahlreiche Arbeitsgruppenmitglieder sich nun den unterschiedlichen Bürgerrechtsbewegungen anschlossen und bei den Parteigründungen aktive Rollen übernahmen.

Als Kirchenhistorikerin erscheint mir aber noch ein anderer Aspekt aus den Diskussionen der Arbeitsgruppe 3 von historischer Bedeutung, nämlich die theologische Kontroverse um das Kommen des Reiches Gottes in der DDR.¹² Hier stießen nämlich zwei völlig unterschiedliche eschatologische und ekklesiologische Konzepte mit zwei Hauptfragen aufeinander: a) Wann und wie trifft das Reich Gottes in der DDR ein – und welche Konsequenzen hat dies für die weiteren Bemühungen von Christen um gesellschaftspolitische Veränderungen? Und b) Welchen Stellenwert

nimmt in diesem Zusammenhang die Idee des Sozialismus und der Einsatz für demokratische Rechte und rechtsstaatliche Institutionen ein? Bedingten sie einander oder schließen sie sich gegenseitig aus? Und je nachdem, wie die Antwort ausfällt - wie müsste das Verhältnis zwischen ihnen - und zu Macht und Herrschaft insgesamt - beschrieben werden?

Hinter diesen Fragen verbargen sich verschiedene Positionen, die sich beide – und deshalb sind sie auch aus kirchenhistorischer Sicht so interessant – unterschiedlichen theologischen und vielleicht auch konfessionellen Richtungen, v.a. im Nachkriegsprotestantismus, zuordnen lassen. Die einen argumentierten dabei eher aus einem breiteren zivilisationskritischen Ansatz heraus, dass das Reich Gottes als eine realgeschichtliche oder konkrete Utopie betrachtet werden müsse. Dann müssten also folgerichtig Herrschaft und Staat auch in der Gegenwart überwunden werden, was im konkreten Fall im Hinblick auf die Situation in der DDR bedeutete: Die Idee des Sozialismus behält als Modell Orientierungscharakter. Diesem Ansatz standen auf der anderen Seite die Mitglieder der Arbeitsgruppe gegenüber, die sich ausdrücklich auf Luthers Zwei-Reiche-Lehre beriefen. Sie hoben die Rolle des Reich Gottes als einer regulativen Idee hervor, nach der Macht und Herrschaft in der Gegenwart nicht grundsätzlich negativ zu beurteilen seien. Folgerichtig müsse es daher jetzt um den Einsatz für ein vernünftiges demokratisches System in der DDR gehen.

Dem offiziellen Abschlusstext war diese Kontroverse zwar nicht zu entnehmen. Doch die heftig ausgefochtenen Diskussionen in dieser Arbeitsgruppe sind auch deshalb so interessant, weil sie auf der einen Seite zeigen, dass der DDR-Protestantismus keineswegs theologisch homogen war. Und das bedeutete auf der anderen Seite, dass es unterschiedliche politische Einstellungen und demokratische Orientierungsmuster unter allen Teilnehmern der Ökumenischen Versammlung gab – und zu diesem Zeitpunkt eine kirchliche Demokratiefähigkeit und zugleich eine ökumenische Solidarität. Denn tatsächlich ging es genau hier um das Aushalten und den Wettbewerb unterschiedlicher Gerechtigkeitsvorstellungen. Hier zeichnete sich bereits die Programmatik der verschiedenen Bürgerrechtsbewegungen, wie dem „Neuen Forum“, „Demokratie Jetzt“, dem „Demokratischen Aufbruch“ oder der

Sozialdemokratischen Partei der DDR ab, in denen überall Christen aus den Ökumenischen Versammlungen engagiert waren. Sie hatten nun allerdings bewusst den kirchlichen Raum verlassen und widmeten der politischen Arbeit, der Demokratisierung und der Machtkontrolle. Über ihren gemeinsamen Hintergrund formulierte Richard Schröder später, aus seinen eigenen Erfahrungen in der Arbeitsgruppe 3, folgendermaßen: „(...) Wir waren einmütig gegen die herrschenden Verhältnisse des SED-Regimes. Aber wir waren nicht einmütig für etwas Bestimmtes (...).“¹³

3. Der ökumenische und der gesamtdeutsche Faktor im konziliaren Prozess in der DDR

Die Ökumenischen Versammlungen 1988/9 in Dresden und Magdeburg waren der Beitrag der Christen in der DDR zu dem vom Ökumenischen Rat der Kirchen auf seiner Vollversammlung in Vancouver 1983 ausgerufenen konziliaren Prozesses für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung. Dieser Prozess hatte mit der Vollversammlung in Vancouver 1983. Das erschien zunächst aus staatlicher Sicht positiv, da sich die DDR durch die Kirchen international als Partner einer friedlichen Koexistenz zu profilieren versuchte.

Während es jedoch relativ einfach ist, Ansatz, Verlauf und Inhalt der Ökumenischen Versammlungen in der DDR zu beschreiben, ist es sehr viel schwieriger, den konziliaren Prozess auf der ökumenischen und europäischen Ebene nachzuzeichnen.¹⁴ Dafür ist hier heute auch die Zeit zu knapp. In jedem Fall, das ist die Kurzformel, war er ein sehr komplexes Phänomen. Es spricht einiges dafür, ihn zunächst als ein ökumenisches Auffangbecken für die Frustrationen aus der gescheiterten Friedensbewegung und der schließlich umgesetzten Nachrüstung zu begreifen. Er entfaltete dann aber über die Jahre hinweg eine eigene Dynamik. Dazu gehörten viele Trägergruppen und Aktionsebenen, aber ebenso auch unterschiedliche Bezeichnungen seines Formats, angefangen vom "Friedenskonzil", zur "Ersten Europäischen Ökumenischen Versammlung in Basel 1989" über die "Weltkonvokation in Seoul 1990" bis hin zum konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung, der in

der Ökumene unter dem Kürzel "JPIC (Justice, Peace and Integrity of Creation)" lief. Der konziliare Prozess erfand nicht alles neu – es gab in der Ökumene, und damit meine ich zunächst die Ökumenische Bewegung in Gestalt des Ökumenischen Rates der Kirchen, ideelle Vorläufer, zum Beispiel das sozioethische Konzept einer "Responsible Society". Das war ein Konzept aus der Nachkriegsökumene, das Christen zur aktiven Beteiligung am Prozess geschichtlicher Veränderungen aufgerufen hatte. Erst vor diesem Hintergrund wird verständlich, warum auf einmal die Idee eines Friedenskonzils in der Ökumene auftauchte: Es war nämlich ein Rückbezug auf die Friedensansprache, die Dietrich Bonhoeffer 1934 in Fanø/Dänemark gehalten hatte, als er Mitglied der ökumenischen Bewegung "praktisches Christentum" gewesen war. Diese Friedensvision kennend ergriff schließlich 1983 eine deutsch-deutsche Theologengruppe die Initiative für einen neuen Friedensimpuls. Zu ihr gehörten Heino Falcke, Konrad Raiser, Ulrich Duchrow, Gerhard Liedke, später dann auch andere.¹⁵ Wie sich Bonhoeffer in Fanø für ein mutiges, christliches Wort vom Frieden ausgesprochen hatte, kam es so nun also nach einer gemeinsamen Textvorarbeit von Falcke und Duchrow zum offiziellen Antrag der DDR-Delegation in Vancouver. Er setzte sich nachdrücklich dafür ein, ein allchristliches Friedenskonzil auszurufen. Mir scheint wichtig, diese deutsch-deutsche Wurzel des konziliaren Prozesses in der Ökumene aufzuzeigen. Denn ich deute sie historisch als eine gesamtdeutsche, theologisch von Barth und Bonhoeffer geprägte Antwort auf das Versagen des Protestantismus im Nationalsozialismus. Sie sollte eine bewusste und deshalb ökumenisch verankerte Abwendung vom Nationalprotestantismus und eine Art "internationale Wiedergutmachung" sein, den Weg der Barmer Theologischen Erklärung und des Darmstädter Worts weitergehend. Sie fand aber durchaus nicht überall Zuspruch, so wie man über den Erfolg des konziliaren Prozesses auf ökumenischer Ebene geteilter Meinung sein kann. So kritisch sich etwa auch die vom Ökumenischen Rat der Kirchen verantwortete Weltkonferenz zu Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung in Seoul 1990 beurteilen lässt: Die Ökumenischen Versammlungen in der DDR waren das "Herzstück" des konziliaren Prozesses. Erstmals verwirklichten sie lokal, um was der

Ökumenische Rat der Kirchen global seit den späten 1960er Jahren immer gerungen hatte: die gleichberechtigte Zusammenarbeit von unterschiedlichen evangelischen Richtungen und Kirchen mit der katholischen Kirche und einer Vielzahl von katholischen Laien (das gelang nur in Basel 1989, wo die Konferenz der Europäischen Bischofskirchen zusammen mit der Konferenz Europäischer Kirchen Veranstalter waren). Es scheint, als ob der Druck eines religionsfeindlichen Systems unter dieser Perspektive konstruktiv für die evangelisch-katholische Ökumene war – denn es gibt auch aus anderen sozialistischen Ländern und Kirchen ebenfalls Beispiele für gelungenes ökumenisches und politisches Miteinander. Das fiel dann allerdings zumeist in dem Moment zusammen, wo Demokratie und Religionsfreiheit Grundlage der neuen Staatsverfassungen wurden und wieder eine gewisse konfessionelle Konkurrenz begann.

Der Erfolg der Ökumenischen Versammlungen hatte auch mit einem grundlegenden kirchenreformerischen Anliegen des konziliaren Prozesses zu tun: Denn erstmals sollte bei einem ökumenischen Aktionsprogramm die kirchliche Basis in Gruppen und Netzwerken eine wichtige Rolle im Erneuerungsprozess spielen und eine alle Ebenen umfassende, tiefgreifende mentale und institutionelle Veränderung kirchlicher Gemeinden, Landeskirchen und anderer Zusammenschlüsse vorantreiben. Ulrich Duchrow und Heino Falcke sprachen in diesem Zusammenhang sogar von den Gruppen als der *Vierten Sozialgestalt der Kirche*. Mit Hilfe dieses Konzeptes hofften sie auf der einen Seite, die große hierarchische Kluft und Polarisierung zwischen Kirchenleitungsebene und kirchlicher Basis überwinden zu können. Auf der anderen Seite versprachen sie sich vom konziliaren Prozess als einer Art neuer sozialer Bewegung nicht nur eine stärkere gesellschaftliche Öffnung, sondern ebenfalls eine akzentuierte Politisierung der Kirche. Ich kann mich erinnern, dass noch in Forschungsprojekten in den 1990er Jahren aus dem kirchenleitenden Bereich stammende Zeitzeugen heftig darüber debattierten, ob die „Gruppen“ als ein Teil der Kirche und konsequenterweise auch als Teil der Kirchengeschichte betrachtet werden könnten. Unter dem Ansatz der methodisch weiteren Christentums- oder Protestantismusgeschichte stellt sich diese Frage heute allerdings zum Glück gar nicht

mehr. Und dass wiederum zeigt, wie sehr sich die Sichtweisen auf Kirche und die Realität von Kirche seit den 1980er Jahren verändert haben; in Ost- und Westdeutschland gleichermaßen.

Schlussbemerkungen

Damit bin ich am Ende meiner historischen Einordnung der Ökumenischen Versammlung in der DDR angelangt. Natürlich lässt sich noch vieles mehr sagen - aber das können Sie teilweise auch in umfangreichen Studien nachlesen, ich nenne hier neben meiner eigenen die Studie von Stephen Brown, Von der Unzufriedenheit zum Widerspruch. Der konziliare Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung als Wegbereiter der friedlichen Revolution in der DDR, Frankfurt a.M. 2010. Als Historikerin ist man ja in gewisser Weise fein heraus, weil man sich auf das Vergangene beschränken darf und keine Bezüge zur Gegenwart herstellen muss. Das entlastet und macht frei. Trotzdem ist es natürlich auch für mich eine reizvolle Frage, ob die Ventilfunktion der Ökumenischen Versammlungen in der DDR heute nicht vielleicht bereits komplett von den sozialen Medien übernommen wird – und ob es unter diesen Bedingungen heute überhaupt noch möglich wäre, einen so aufwendigen, ehrlichen und offenen kirchlichen Partizipations- und Diskussionsprozess wie damals 1988/9 zu starten. Und an dieser Stelle möchte ich noch einmal daran erinnern, dass die EKD erst Mitte der 1990er Jahre zusammen mit der Deutschen Bischofskonferenz einen ähnlichen Partizipationsprozess wie die Ökumenischen Versammlungen in der DDR eingeleitet hat: Nämlich das gemeinsame Sozialwort von 1997. Dieses aber fand letztlich nur wenig breite öffentliche Aufmerksamkeit. Geht das also noch, so ein Treffen von Christen, die etwas zu drängenden Problemen der Gegenwart verbindlich und repräsentativ sagen wollen und substantielle Texte formulieren können, oder ist das ein Modell aus dem 20. Jahrhundert?

¹ Aus: Archiv Superintendentur Dresden Mitte ÖAK XI. An diesem Gespräch nahmen teil: Pf. Peter Neis, Pf. Fritz, Pf. Albani, Heinz Kitsche (inkota), Fr. Richter (kath. Leipzig), Luise Kinzel (kath. Ärztin, Halle), Pf. Hildebrandt, Jörg Naumann.

² Dieser Vortrag beruht auf meiner ausführlichen Habilitationsschrift Katharina Kunter, *Erfüllte Hoffnungen und zerbrochene Träume. Evangelische Kirchen in Deutschland im Spannungsfeld von Demokratie und Sozialismus (1980-1993)*, Göttingen 2006. Dort finden sich auch zahlreiche Nachweise zu den benutzten Quellen und Zeitzeugengesprächen. Siehe weiterhin auch Katharina Kunter / Nadezhda Beljakova / Thomas Bremer, „Es gibt keinen Gott!“ Kirchen und Kommunismus. Eine Konfliktgeschichte, gemeinsame Autorenschaft mit Thomas Bremer und Nadezhda Beljakova, München 2016; K. Kunter, *Als Religion wieder öffentlich wurde. Rückblicke auf die Rolle von Kirchen und Christen*, in: Horch und Guck 25 (2017), 62-65; Diess., *The End of the „Kirche im Sozialismus“*. 1989/90 as a Turning Point for Protestant Churches and Christians in the German Democratic Republic (FRG), in: K. Koschorke (Hg.) *Falling Walls. The Year 1989/90 as a Turning Point in the History of World Christianity*, Wiesbaden 2009, 31-41.

³ Fast alle einschlägigen Kirchenarchive haben das Faltblatt „Eine Hoffnung lernt gehen“ aufbewahrt. Zur detaillierten Vorgeschichte der Ökumenischen Versammlung siehe auch Katharina Seifert, *Glaube und Politik. Die Ökumenischen Versammlungen in der DDR 1989/90*, Leipzig 2000, 72-136.

⁴ Zehn Jahre später urteilt Heino Falcke über diese Stellvertreterfunktion der Ökumenischen Versammlungen folgendermaßen: "(...) Die große Zahl der Eingaben machte allen klar: dem können wir uns nicht entziehen, auch wenn kirchendiplomatische Füße dabei kalt werden. Und diese Eingaben blieben ja nicht ein scheindemokratisches Ritual, sie bestimmten wirklich die Thematik der Themengruppen und sie veränderten in einem zweiten Gang die Entwürfe. Die Kompetenz der Betroffenen wurde wirksam. (...)" (in: Tagungsdokumentation „Ist die Hoffnung gegangen“ , Dresden 16.-18.4.1999, 25; erhältlich beim Ökumenischen Informationszentrum Dresden).

⁵ Vgl. Christian Sachse, "Mündig werden zum Gebrauch der Freiheit". Politische Zuschriften an die Ökumenischen Versammlung 1987-1989 in der DDR, Münster 2004.

⁶ Enthalten im Bestand 117 des Evangelischen Zentralarchivs Berlin (EZA).

⁷ Vgl. den ersten Auswertungsbericht von Joachim Garstecki in: EZA 101/93 1957b.

⁸ Die im folgenden zitierten Auszüge aus den 10.000 Zuschriften finden sich im EZA, Bestand 117.

⁹ Ausführlich für die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages beschrieben von Christoph Ziemer, „Der konziliare Prozess in den Farben der DDR. Die politische Einordnung und Bedeutung der Ökumenischen Versammlung der Christen und Kirchen in der DDR für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“, in: *Deutscher Bundestag (Hg.), Materialien der Enquete-Kommission*, Frankfurt a.M. 1995, Bd. VI/2, 1430-1634.

¹⁰ Tonbandaufzeichnung der Rede Hempels in EZA 117/74. Der genaue schriftliche Wortlaut auch bei K. Seifert, *Glaube und Politik*, 186.

¹¹ Vgl. Auflistungen in EZA 117/74.

¹² Vgl. Katharina Kunter, *Erfüllte Hoffnungen und zerbrochene Träume*, 191-204.

¹³ Richard Schröder, „Die Ökumenische Versammlung für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung“, in: *Freiheit gestalten. Zum Demokratieverständnis des deutschen Protestantismus. FS für Günther Brakelmann zum 65. Geburtstag*, hg. v. Dirk Bockemann u.a., Göttingen 1996, 404.

¹⁴ Vgl. hierzu ausführlicher K. Kunter, *Erfüllte Hoffnungen und zerbrochene Träume*, 35-78.

¹⁵ Zu dieser kirchlich-ökumenisch einflussreichen deutsch-deutschen Freundschaftsgruppe siehe ebd., 129-135.